

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Besteht die auf mehreren zur Monats-, Viertel- u. Jahresfrist nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei



Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inhaberstell: Arthur J. Schunke, beide in Wilsdruff.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostzen.

Verleger und Drucker: Arthur J. Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inhaberstell: Arthur J. Schunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 26.

Sonnabend / Sonntag 3. / 4. März 1923.

Amthlicher Teil.

Gesetzblätter. Bei uns sind eingegangen für das Jahr 1922 vom Sächsischen Gesetzblatt das 51. Stück; vom Reichsgesetzblatt Teil I Nr. 86 bis 88; vom Reichsgesetzblatt Teil II Nr. 35 bis 37, für das Jahr 1923 vom Sächsischen Gesetzblatt das 1. bis 3. Stück; vom Reichsgesetzblatt Teil I Nr. 1 bis 9; vom Reichsgesetzblatt Teil II Nr. 1 bis 4.

liegen 14 Tage lang in der hiesigen Ratskanzlei zu jedermanns Einsicht aus.

Holzversteigerung. Dienstag den 6. März d. J. nachmittags 5 Uhr Holzversteigerung auf der Schießwiese. Näheres durch Anschläge. Wilsdruff, am 2. März 1923. Der Stadtrat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Der Reichsminister des Auswärtigen v. Rosenburg hat die Führer der sozialdemokratischen und der deutschnationalen Reichstagsfraktion empfangen und sie gebeten, alles zu unterlassen, was die innere Geschlossenheit stören könnte.

Der Haushaltsausschuss des Reichstages hat den Entwurf eines Gesetzes über die Ausgabe von Dollarschatzweisungen angenommen.

Die Reichsregierung hat in einer Mitteilung an alle neutralen Regierungen nachdrücklich auf den Ernst der Lage im Ruhrgebiet aufmerksam gemacht.

Die internationalen Rheinlandkommission hat neue widerrechtliche „Strafbestimmungen“ gegen Deutschland erlassen.

Poincaré und Millerand bereiten angeblich verschiedene Pläne für Verhandlungen mit Deutschland in der Ruhrfrage vor.

Bewusst und entschieden!

Reichswirtschaftsminister Dr. Beder schilderte im Haushaltsausschuss des Reichstages in außerordentlich interessanter Weise die gesamte Wirtschaftslage des Reiches, wie sie sich nach dem Ruhrereignis darstellt. Aus seinen Ausführungen darf das deutsche Volk die erfreulichen und beruhigenden Tatsachen entnehmen, daß der französische Einbruch weder die Versorgung der Industrie mit Kohle und Eisen im besetzten Gebiet, noch auch im unbesetzten Teile des Reiches hat verhindern können. Das gilt im besonderen auch von der weiterverarbeiteten Industrie, der, abgesehen von der Zufuhr von Auslandskohle, auch durch Eröffnung genügender Kredite die Fortsetzung ihrer Erzeugung ermöglicht wird. Dabei hat u. a. die Währungspolitik des Kabinetts Cuno bemerkenswerterweise zu dem Resultat geführt, daß englische Kohle sich zurzeit billiger stellt als deutsche Kohle. Im Ausblick vernahm man ferner mit lebhaftem Interesse, welche schwerwiegenden Folgen das Ruhrabenteuer bereits jetzt für Frankreich gehabt hat, das hinsichtlich der Kohlen- und Holzversorgung von Deutschland absolut abhängig ist. Im Lande Poincarés leidet man an einer Katastrophe, wie wir sie nicht einmal im Krieges kennengelernt haben. Die Hochöfen der Industrie an der Westgrenze mußten zum weitest größten Teile stillgelegt werden, und die französische Eisenbahnverwaltung wurde sogar zu dem weittragenden Entschluß gezwungen, Kohlenvorräte für die französische Industrie zu beschlagnahmen, ohne dadurch indessen verhindern zu können, daß nach französischen Pressenmeldungen der Eisenbahnbetrieb mancherlei Einschränkungen erfuhr. Das alles aber geschieht in Frankreich, während wir in Deutschland nach wiederholter Betonung des Ministers den entstandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in jeder Weise entgegenzutreten wählten.

Der Minister streifte auch die Preisfrage, hob noch einmal hervor, daß von der Reichsregierung wie von den Regierungen der Länder und den zuständigen Behörden alles geschieht, um die Anpassung der Warenpreise an den gemindernden Dollarkurs zu fördern und zu beschleunigen. Weiter kam die Rede auf die Tarifpolitik der Reichseisenbahn zu sprechen, zu deren Verteidigung auch der Reichsverkehrsminister Gröner eine Bange brach, indem er erklärte, daß die Tarifpolitik auf die Preisgestaltung nicht den ausschlaggebenden Einfluß hätten, wie man allgemein annehme, eine Anpassung der Preise für Holz durch Einfuhr aus dem Auslande auch der dritte Preisbildungsfaktor für die Kohle, nämlich die Arbeiterlöhne bis auf weiteres nicht als steigendes Moment in Erscheinung treten könnten, wogegen allerdings von Arbeitnehmern im Auslande gleich Vorbehalte gemacht wurden. Jedenfalls ging jedoch aus der bedeutsamen Ministerrede erneut eines hervor, was man unter Abwandlung eines Dichterwortes in den Satz fassen möchte: „An der Kohle hängt, nach Kohle drängt doch alles!“ Das heißt, in das anpruchsvolle Deutschland des Jahres 1923: Es ist noch wie vor, alle

strafte daran zu legen, um uns die Kohle des Ruhrgebietes zu erhalten und zu sichern. Mehr denn je heißt es, alles auszuschalten, was den Kampf um sie hindern und beeinträchtigen könnte. Wir rechnen dazu die Versuche, die Angelegenheiten durch Meldungen von angeblichen Verhandlungen zu verwirren, an denen, wie man aus Nachfragen an zuständiger Stelle leicht feststellen konnte, nicht das geringste wahr ist und sein konnte. Soweit ist Herr Poincaré noch nicht, und auch die Reichsregierung hat bisher noch keinerlei Grund gehabt, von ihrer bisherigen Linie abzuweichen. Deshalb ist es auch bemerkenswert, daß sich die in den letzten Tagen geäußerten Befürchtungen, wonach innerhalb der Sozialdemokratie Zeichen eines angeblichen Weichwerdens bemerkbar geworden sein sollten, nicht bewahrheiten. Wer Gelegenheit hatte, sich genauer über die Verhältnisse zu unterrichten, hat beobachten können, daß auch innerhalb der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei die Notwendigkeit der ungezwungenen Fortführung des Kampfes an der Ruhr nicht geleugnet wird. Und darum wollen wir die Erklärung des Ministers Dr. Beder, daß sich Deutschland in den letzten schweren Wochen über Erwärmen gut behauptet hat, mit Dank an die Brüder an der vordersten Front aufnehmen. Aber wir wollen daraus auch entnehmen, daß ebenso im Hinterlande jeder seine Pflicht nach wie vor bewusst und entschieden erfüllen muß.

Verhungern lassen!

Die neue französische Kampfweise.

In der Zeche „Adler“ in Kupferdreh wurden Lohngehälter von 170 Millionen Mark beschlagnahmt. Die Zeche ist beim französischen Kommandanten vorstellig geworden, der zunächst verlangte, daß die Zechenverwaltung der Ingenieurkommission den Nachweis erbringe, daß es sich wirklich um Lohngehälter handle. Die Ingenieurkommission verlangte dann aber die Vorlegung des Hauptbuches, aus welchem sie die Höhe des Reichsbankguthabens ersehen wollte. Den Beamten war es unmöglich, diesem Wunsch nachzukommen. Daher zerschlugen sich die Verhandlungen, und die Beamten wurden entlassen mit den Worten: „Wenn Sie uns nicht nachweisen können, aus welchen Mitteln das Geld stammt, dann sehen Sie zu, wo Sie Ihr Geld herbekommen, dann lassen Sie Ihre Arbeiter verhungern!“

In der Zeit vom 1. Januar bis zum 26. Februar haben sich in Essen die Preise für die wichtigsten Lebensmittel vervierfacht, für Fett veranfacht und für Fleisch sogar verachtfacht.

Verräter an den Franzosen.

Dem Vernehmen nach sollen einzelne Firmen im besetzten Gebiet in unerantwortlicher Weise sich an die völkerrechtswidrig eingerichteten französischen Bewilligungstellen gewandt haben und nach Bezahlung einer zehnprozentigen Abgabe in deren Kassen versuchen, mit französischer Unterstützung Waren nach dem unbesetzten Gebiet zu bringen. Auf Seiten der deutschen Behörden besteht die Absicht, derartige Waren zu beschlagnahmen und zugunsten des Reiches für verfallen zu erklären. Die Namen der landesverräterischen Abnehmerfirmen werden außerdem veröffentlicht werden.

Französische „Rechtspflege“.

Audrohung von Todesurteilen.

Durch eine neue Verordnung der Rheinlandkommission wird das Strafmaß für Verfälle gegen die Verordnungen der Kommission erhöht. In einigen Fällen werden die früher vorgegebenen Höchstsätze der Geldbußen mit 300 multipliziert. In anderen Fällen werden die Strafen auf 5 Millionen Mark und 5 Jahre Gefängnis erhöht.

Eine zweite Verordnung bestimmt, daß jeder Sabotageakt oder jeder vorsätzliche passive Widerstand, die einen tödlichen Unfall verursachen können, mit dem Tode bestraft wird. Für weniger schwere Sabotageakte oder beim Vorliegen mildernder Umstände kann auf 3 Jahre bis 5 oder Gefängnis erkannt werden, jedoch nicht unter 10 Jahren.

Das Kriegsgericht in Sterkrade verhandelte gegen den Oberbürgermeister von Voittrop, Dr. Baur, wegen Nichtlieferung von eingeforderten Seiten, wegen Nichterscheinens vor dem Kriegsgericht und weil er beim Befahren des Rathauses ein Hoch auf das deutsche Vaterland ausgedrückt hatte. Der Vertreter der Anklage be-

antragte insgesamt eine Gefängnisstrafe von acht Tagen, der die Ausweisung hätte folgen sollen. Das Kriegsgericht ging aber über die beantragte Strafe weit hinaus und verurteilte den Oberbürgermeister zu einem Jahr Gefängnis.

In Jessen

In der Berufungsverhandlung im Prozeß des Oberbürgermeisters Dr. Jares in Duisburg vor dem belgischen Militärgericht drückte der Angeklagte den Wunsch aus, nicht mehr gefesselt vorgeführt zu werden. — In Bochum sind zwei Polizeimajore sowie Polizeirat Ernst festgenommen und gefesselt abtransportiert worden.

An die Neutralen.

Eine Warnung der Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat sämtliche, an dem Ruhrereignis nicht beteiligten fremden Regierungen erneut auf den Ernst der Lage aufmerksam gemacht, die durch die immer brutaler werdende Vergewaltigung der Bevölkerung des Ruhrgebietes, die ständigen Mißhandlungen, die täglichen Fälle von Märdern und Straßenraub, die Ausweitung und Entseuerung von Beamten und die systematische Draufgasserung ganzer Städte geschaffen worden ist. Die Reichsregierung hat diesen Schritt für notwendig gehalten, um der Welt ein zusammenfassendes Bild von dem französischen Vorgehen zu geben und erneut auf die Unertaglichkeit und die Gefahren der dadurch hervorgerufenen Zustände hinzuweisen.

Eine widerlegte Falschmeldung.

In der in den letzten Tagen verbreiteten Meldung von einer Rede des amerikanischen Vizekonsuls in London, Sarren, über angebliche amerikanische Interventionen, absichtlich ist sehr festgelegt, daß der Vizekonsul am 24. Februar im Presseklub eine Rede gehalten hat. Dabei sprach er in der Hauptsache über die Beziehungen zwischen England und Amerika, erwähnte jedoch in seinen Ausführungen Deutschland nicht.

Die Eingriffe in das Verkehrswesen

Neues Eisenbahnunglück.

Auf der Mainzer Kaiserbrücke ließ der von Franzosen geführte internationale D-Zug mit einem Güterzug zusammenstoßen. Inwieweit Menschenleben zu beklagen sind, und wie hoch der Schaden ist, konnte bisher nicht festgestellt werden, da die französischen Besatzungsbehörden den Unfallplatz in größtem Umfange abgeperrt haben.

Infolge der französischen Eingriffe in den Verkehr besteht zurzeit noch keine Möglichkeit, Postsendungen nach Mainz zu befördern, da die Franzosen die zur Postbeförderung benutzten Kraftwagen beschlagnahmt haben und auch die Post, die auf dem Wege über Frankfurt-Wiesbaden ans Ziel gebracht werden sollte, nicht durchlassen. In Düsseldorf ruht der Fernsprechbetrieb infolge der französischen Gewaltmaßnahmen noch immer. Die Bahnhöfe Bochum und Reimühl bei Hamborn sind von französischen Truppen besetzt worden.

Chronik der Gewalttaten.

In Essen dauern die Überfälle auf harmlose Bürger durch französische Soldaten fort. U. a. nahm ein französischer Soldat der Witwe eines Bergbauarbeiters unter Vorhaltung eines Revolvers die Handtasche mit 60 000 Mark fort. Das Geld stellte den ganzen Arbeitsverdienst der Frau dar.

In Osnabrück wurde Oberbürgermeister Hoffer von den Franzosen verhaftet, angeblich, weil er sich geweigert hätte, den Franzosen das Osnabrücker Adreßbuch auszuliefern. Er ist nach Rehl transportiert worden. Auch Bürgermeister Böhner ist im Rathaus verhaftet worden.

Aus der Reichsbankstelle in Bochum haben die Franzosen 50 Millionen Mark beschlagnahmt und mit weggenommen.

Bei den in Kirchberg (Sachsen) erfolgten Verhaftungen war ein junger Mann im Orte nicht aufzufinden. An seiner Stelle wurde sein Vater verhaftet. Als sich dieser widersetzte, wurde der alte Mann auf dem Transport ins Gefängnis von einem französischen Offizier fortgesetzt mit der Reitpeitsche geschlagen.